

DifHE

Deutsches Institut für Hochschulentwicklung
Berlin
6. Juni 2024

Arbeitshefte

Nr. 3

hl**b**-Bundesvereinigung (Hrsg.)

**Lehrziel Demokratie – werden wir
dieser Verantwortung gerecht?**

Ergebnisse des *hl**b*-Kolloquiums 2024**

DOI: 10.5281/zenodo.11207720

URN: urn:nbn:de:101:1-20220916131

ISSN: 2752-2253

Inhalt	Das vorliegende Arbeitsheft ist eine Dokumentation des am 3. Mai 2024 in Schwerin abgehaltenen Kolloquiums „Lehrziel Demokratie – werden wir dieser Verantwortung gerecht?“ der hlb -Bundesvereinigung. Es enthält einen Abdruck der Keynote „Lehrziel Demokratie – was heißt das für uns?“ von hlb -Vizepräsident Prof. Dr. Jochen Struwe, Interviews mit den Workshopleiterinnen Didem Azgin, Studentische Senatorin der Hochschule München, und Prof. Dr. Susanne Koch, Vorstandsmitglied des Hochschulnetzwerks Bildung durch Verantwortung, sowie eine vom hlb -Bundespräsidium verfasste Ergebniszusammenfassung, die auf der Grundlage der Diskussionen und Workshops im Nachgang zum Kolloquium erarbeitet worden ist.
Abstract	This working paper is a documentation of the colloquium held on 3 May 2024 in Schwerin entitled “Teaching Democracy – are we living up to this responsibility?” (“Lehrziel Demokratie – werden wir dieser Verantwortung gerecht?”) by the German Association of Professors of Universities of Applied Sciences (hlb -Bundesvereinigung). It contains a reprint of the keynote speech “Teaching democracy – what does that mean for us?” (“Lehrziel Demokratie – Was heißt das für uns?”) by hlb Vice President Prof Dr Jochen Struwe, interviews with the workshop facilitators Didem Azgin, student member of the Senate of Munich University of Applied Sciences („Hochschule München“), and Prof. Dr. Susanne Koch, board member of the University Network Education through Responsibility („Hochschulnetzwerk Bildung durch Verantwortung“), as well as a summary of the results compiled by the hlb board on the basis of the discussions and workshops.
Hrsg.	Der hlb ist die Bundesvereinigung der Professorinnen und Professoren an Hochschulen für angewandte Wissenschaften in Deutschland mit derzeit über 8.000 Mitgliedern. Er ist der Wissenschaftsfreiheit verpflichtet, politisch und konfessionell neutral. Der hlb vertritt die gemeinsamen Interessen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Seine Aufgaben sind insbesondere die Vertretung der Interessen gegenüber den Gesetzgebungsorganen des Bundes und der Europäischen Union (EU) sowie gegenüber anderen Institutionen des Bundes und der EU, die Förderung und Weiterentwicklung der anwendungsbezogenen, berufsqualifizierenden, wissenschaftlichen Ausbildung und Forschung sowie der Fortentwicklung von Hochschulen, die Unterstützung der beruflichen Eingliederung der Absolventinnen und Absolventen dieser Hochschulen, die Zusammenarbeit mit geeigneten Organisationen oder Verbänden im In- und Ausland, die Unterstützung von Mitgliedsverbänden durch Dienstleistungen sowie Rechtsdienstleistungen durch Beratung, Beistand und Rechtsschutz für die Mitglieder der Mitgliedsverbände. Die hlb -Bundesvereinigung e. V. ist unter der Registernummer R000026 als Berufsverband im Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung registriert und unterliegt dem Verhaltenskodex nach § 5 des Lobbyregistergesetzes.

Inhaltsverzeichnis

1	Keynote von Jochen Struwe, <i>h/b</i>-Vizepräsident: „Lehrziel Demokratie – was heißt das für uns?“	5
2	Interviews mit zwei Workshopleiterinnen	10
2.1	Interview mit Didem Azgin, Studentische Senatorin der Hochschule München: „Wir müssen auf Augenhöhe zusammenarbeiten“	10
2.2	Interview mit Prof. Dr. Susanne Koch, Vorstandsmitglied des Hochschulnetzwerks Bildung durch Verantwortung: „Wir müssen Demokratie vorleben“ . . .	11
3	Ergebnisse des Kolloquiums „Lehrziel Demokratie – werden wir dieser Verantwortung gerecht?“	13
3.1	Anlass und Ziel des Kolloquiums	13
3.2	Verbindung von fachlicher Bildung und Demokratiebildung	14
3.3	Niedrigschwellige Integration der Demokratiebildung in die fachbezogene Lehre	16
3.4	Gemeinsame Gestaltung des Hochschullebens zwischen Lehrenden und Studierenden	18
3.5	Fazit	19

1 Keynote von Jochen Struwe, *h/b*-Vizepräsident: „Lehrziel Demokratie – was heißt das für uns?“

Lassen Sie mich mit drei Feststellungen beginnen:

1. Wir leben in einem der freiheitlichsten, gerechtesten, liberalsten, reichsten, produktivsten, gesündesten Länder der Welt. Wir wollen das bewahren!
2. Wir leben in einer Zeit multipler Bedrohungen, nicht mehr – wie noch in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts – in einer Nachkriegs-, sondern in einer Vorkriegszeit. Wir müssen uns schützen!
3. Wir Professorinnen und Professoren bilden den akademischen Teil des Führungskräftenachwuchses unserer Gesellschaft aus. Wir tragen Verantwortung!

Diese drei Befunde werden wie folgt belegt:

1. Wir leben in einem der besten Länder der Welt:
 - Zahlreiche weltweite Indikatoren (bspw. zur Lebenserwartung, zur Ernährung und Gesundheit, zu Freiheit und Glück, zu den Bildungs- und Aufstiegschancen, dem Bruttoinlandsprodukt und BIP pro Kopf, der Freiheit der Medien) sprechen eine eindeutige Sprache.
 - Trotz mancher Schwächen im System hat Deutschland immer wieder Lernfähigkeit bewiesen – wir waren und sind in der Lage, eigene Fehler zu erkennen und abzustellen (auch wenn es manchmal dauert).
2. Wir leben in einer „vulnerablen Gesellschaft“:¹
 - Die Einordnung als „Vorkriegszeit“ nehmen bspw. Polens Premier Donald Tusk² oder der britische Verteidigungsminister Grant Shapps³ vor. Der französische Präsident Emmanuel Macron mahnt in seiner Sorbonne-II-Rede am 2024-04-25:⁴ „Europa ist sterblich“. Generalleutnant André Bodemann, Befehlshaber des Territorialen Führungskommandos der Bundeswehr, stellt fest: „Wir sind nicht im Krieg, formaljuristisch, aber wir befinden uns auch schon lange nicht mehr im Frieden, weil wir täglich bedroht und auch attackiert werden.“⁵
 - Spätestens seit 2014 (völkerrechtswidrige Besetzung und Annexion der Krim) und 2022 (Einmarsch in die Ukraine) zeigt sich die Bereitschaft Russlands,

¹So Frauke Meta Rostalski: „Die vulnerable Gesellschaft: Die neue Verletzlichkeit als Herausforderung der Freiheit“, München 2024.

²Welt vom 2024-03-09, <https://www.welt.de/politik/ausland/plus250794504/Donald-Tusk-Eine-solche-Situation-haben-wir-seit-1945-nicht-mehr-erlebt.html>, zuletzt eingesehen am 2024-05-09, 13:58.

³Frankfurter Rundschau vom 2024-04-04, <https://www.fr.de/politik/nato-bedrohung-shapps-grossbritannien-russland-china-iran-nordkorea-vorkriegszeit-ukraine-krieg-zr-92986231.html>, zuletzt eingesehen am 2024-05-09, 13:50.

⁴Emmanuel Macron: „Europa Rede“, <https://www.elysee.fr/de/emmanuel-macron/2024/04/24/europa-rede>, zuletzt eingesehen am 2024-05-24, 9:22.

⁵FAZ vom 2024-04-22.

den eigenen Machtanspruch in einem imperialistischen Angriffskrieg durchzusetzen.

- Uns besorgen ein heißer Krieg in Israel und Gaza, zahlreiche weitere Brandstellen im Nahen Osten und zumindest „lauwarme“ Auseinandersetzungen im Maghreb oder auf dem Balkan.
- Seit der Wahl Xi Jinpings zum Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas 2012 ist die chinesische Führung latent bestrebt, sich zum Hegemonen zumindest im asiatisch-pazifischen Raum aufzuschwingen. Parallel dazu verschärft sich der Wettbewerb zwischen den großen politisch-ökonomischen Blöcken mit der Folge weiterer internationaler Polarisierung.
- Wir befürchten Unsicherheiten und Verwerfungen, die mit einem erneuten Wahlsieg Donald Trumps am 2024-11-05 verbunden wären (wobei Unsicherheiten und Verwerfungen auch bei dessen Niederlage nicht ausgeschlossen sind, wie der Sturm auf das Kapitol in Washington am 2021-01-06 zeigte).
- Eine heute schon in Europa, Nordamerika, Ost- und Südostasien sowie Australien und Neuseeland zu beobachtende demografische „Vergreisung“ wird in den nächsten 50 Jahren zu erheblichen sozial-ökonomischen Problemen führen. Als aktuelles Indiz mag man den deutschen Fachkräftefehlbedarf in der Größenordnung von zwei bis drei Mio. Vollzeitstellen allein bis 2030 sehen.
- Ein globales Megaproblem für sich stellen die unzureichend gebremsten Klimatrends dar.
- Gleiches gilt für unregelte KI-Anwendungen, das Wachsen von – teilweise staatlich alimentierten – Trollfabriken mit „alternativen Fakten“, die Verbreitung von (Deep-)KI-generierten Fake-Audios/-Fotos/-Videos, eine von manchen befürchtete Maschinenherrschaft.
- Auch in unserem geografischen Raum kommt es zunehmend zu zersetzenden, kriminellen Aktionen mit staatlichen Hintermännern (wie Pipelinesprengungen, Zerstörung zentraler Datenleitungen, Hacken von staatlichen und kommunalen Institutionen sowie kritischer Infrastruktur).
- Wir beobachten einen in Wahlergebnissen manifestierten Trend zu rechts-nationalistisch-populistischen, den Rechtsstaat instrumentalisierenden (um nicht „unterminieren“ zu schreiben) Regierungen selbst in der EU.
- Diagnostiziert werden ferner gesellschaftliche Spaltungstendenzen und Dysfunktionalitäten in Parlamenten und Regierungen, verbunden mit einer wahrgenommenen Unfähigkeit demokratisch legitimierter Institutionen zu rascher, zielgerichteter, „unbürokratischer“ Problemlösung. Nach einer jüngst veröffentlichten Umfrage⁶ misstraut mehr als jeder zweite befragte junge Erwachsene (im Alter zwischen 18 und 30) der Regierung (52 Prozent), 45 Prozent misstrauen dem Parlament.
- Medien setzen sich durch, die ihrer Auflagensteigerung und Followerzahl eine

⁶So die Bertelsmann-Stiftung am 2024-02-07.

größere Bedeutung zumessen als einer ethisch verantwortbaren, wahrheitsgetreuen Berichterstattung und einer sachlich-seriösen Kommentierung des Geschehens.

- Und nicht zuletzt kommt es an Hochschulen zu Einschränkungen der Wissenschaftsfreiheit, Fällen von Cancel-Culture und um sich greifender Selbstzensur.
3. Wir Professorinnen und Professoren bilden den akademischen Teil des Führungskräftenachwuchses unserer Gesellschaft aus:
- Die Ziele des Studiums werden in § 7 HRG vorgegeben: „Lehre und Studium sollen den Studenten auf ein berufliches Tätigkeitsfeld vorbereiten und ihm die dafür erforderlichen fachlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Methoden dem jeweiligen Studiengang entsprechend so vermitteln, daß [sic] er zu wissenschaftlicher oder künstlerischer Arbeit und zu verantwortlichem Handeln in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat befähigt wird.“
 - Diese gesetzliche Zielbestimmung findet sich nahezu gleichlautend in den Hochschulgesetzen aller 16 Bundesländer.⁷

Was heißen diese drei eingangs gemachten Feststellungen für uns Professorinnen und Professoren?

Wenn wir unsere Stellung in der Welt halten, unsere Gesellschaft und ihre Wohlfahrt bewahren und ausbauen wollen, dann besteht unsere Aufgabe eben nicht nur darin, die Studierenden auf ein berufliches Tätigkeitsfeld vorzubereiten und ihnen die dafür erforderlichen fachlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Methoden ... zu vermitteln. Das ist unser „Brot und Butter“-Geschäft, das bekommen wir an den HAW hin, sei es in den Ingenieurwissenschaften, in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, der Kunst und den Kunstwissenschaften, der Humanmedizin oder den Gesundheitswissenschaften, in der Mathematik und den Naturwissenschaften, den Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften, der Veterinärmedizin oder den Geisteswissenschaften.

Wenn wir unsere Welt erhalten wollen – ökologisch, sozial, ökonomisch –, und wenn wir die geschilderten Gefährdungen ernst nehmen und nicht vielfach weiter eine Vogel-Strauß-Politik betreiben wollen, dann kommt den vermeintlichen Nebenaufgaben

- Befähigung zu wissenschaftlicher oder künstlerischer Arbeit und
- Befähigung zu verantwortlichem Handeln in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat

größte Bedeutung zu.

⁷DE-BB: § 17 BbgHG, DE-BE: § 21 BerlHG, DE-BW: § 29 LHG, DE-BY: Art 76 BayHIG, DE-HB § 52 HG, DE-HE: § 15 HessHG, DE-HH: § 49 HmbHG, DE-MV: § 3 LHG M-V, DE-NI: § 3NHG, DE-NW: § 58 LHG, DE-RP: § 16 HochSchG, DE-SH: § 3 i. V. m. § 46 HSG, DE-SL: § 56 SHSG, DE-SN: § 15 HsFG, DE-ST: § 6 HSG LSA, DE-TH: § 46 ThürHG.

Werden wir diesen für unsere Gesellschaft, unseren Staat überlebensnotwendigen Aufgaben heute gerecht, können wir ihnen überhaupt gerecht werden?

Ich könnte jetzt das Klagelied anstimmen, dass angesichts der schlechten Rahmenbedingungen an den HAW – einerseits eine Lehrverpflichtung von 18 SWS und kaum nennenswerte Unterstützung durch wissenschaftliche Mitarbeiter bei andererseits seit 50 Jahren stetig erfolgender Zuweisung weiterer Aufgaben – die intensivere Verfolgung des Lehrziels Demokratie nicht auch noch zu leisten ist. Allein: Das Jammern würde das hier adressierte Problem nicht lösen, unsere Demokratie nicht sichern oder gar stärken. Jeder, jede Lehrende muss sich die Frage beantworten, was angesichts der Lage drängender ist: die Vermittlung von Fachwissen oder die Befähigung zu verantwortlichem Handeln. Es darf uns eben nicht nur darauf ankommen, unsere jeweiligen Fachthemen irgendwie zu vermitteln (das erledigen i. d. R. ohnehin die späteren Arbeitgeber zielgerichteter).

Fördern ohne Fordern funktioniert in einem Hochschulstudium nicht, wenn die Befähigung zu wissenschaftlicher oder künstlerischer Arbeit ein zentrales Anliegen ist. Studierende dürfen nicht noch mehr „gepampert“ werden, das führt nur zu Denkfaulheit, verhindert die Suche nach eigenen, vielleicht besseren Lösungen, entmündigt die Studierenden. Wir müssen auch auf vermeintlich banale Formalia achten. Bringen uns Studierende, die selbst kurz vor dem ersten akademischen Abschluss keinen geraden Satz herausbringen, wirklich weiter? Sind Hochschulabsolventen, die dann eben doch nicht über die wissenschaftlichen Kernkompetenzen verfügen, wirklich verantwortungsbereit? Auch angebliche „Sekundärtugenden“ wie Rechtschreibung, Grammatik, Satzbau oder Textlogik sind zunächst Tugenden, deren Fehlen spätestens dann auffällt, wenn Akademiker nicht mehr verstanden werden und öffentliche Institutionen gezwungen sind, Websites in „Leichter Sprache“ anzubieten. Eine zweistündige Einführungsveranstaltung „Wissenschaftliches Arbeiten“ im ersten Semester genügt eben nicht.

Ein starkes Indiz für unzureichende Demokratieverankerung in der Studentenschaft sind die einstelligen aktiven Wahlbeteiligungen bei studentischen Wahlen; noch dramatischer sieht es hinsichtlich der Bereitschaft, sich in Hochschulgremien wählen zu lassen, aus. Haben unsere Studierenden nie etwas von der über 500 Jahre alten Forderung „Nihil de nobis, sine nobis“⁸ mitbekommen? Oder der 100 Jahre alten, gerade in diesen Tagen vielfach zitierten Feststellung Friedrich Eberts: „Demokratie braucht Demokraten“? Der Bildungs- und damit Handlungsbedarf ist offensichtlich.

Heutige Jugendliche und Heranwachsende engagieren sich zwar gerne in aufflammenden, aber eben vorübergehenden Projekten (bspw. Flüchtlingshilfe 2015, Klimabündnisse, Palästina-Protteste). Aber das zum „Staat machen“ auch die Inkaufnahme der Mühen der Ebene, also die langfristige, anhaltende Verantwortungsübernahme in Parteien, Verbänden, Vereinen und vielen anderen gesellschaftlichen Institutionen gehört, wird übersehen. In Gesprächen darüber fällt immer wieder auf, dass die Altersgruppe der Studierenden durch das Ausbleiben kurzfristiger Erfolgserlebnisse abgeschreckt wird und dann anschließend resigniert. Dass „Politik . . . ein starkes langsames Bohren von harten

⁸Die Verfassung des polnischen Reichstags zu Radom 1505 prägte den Grundsatz „Nihil de nobis, sine nobis (Nichts über uns ohne uns)“.

Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich [bedeutet],“⁹ sollten wir Professorinnen/Professoren mit unserer im Allgemeinen doch höheren Lebenserfahrung deutlich machen und begründen können.

Nicht „die Politik“, auf die gern und oft zu Unrecht Verantwortung abgeladen wird, ist der Staat: Der Staat sind wir alle, und jeder, jede Einzelne ist für die individuelle und gesellschaftliche Daseinsvorsorge (mit) zuständig. Nach Lage der Dinge sind unsere Studierenden ein Teil des Führungskräftenachwuchses unserer Gesellschaft – und damit ist Verantwortung verbunden.

Diese Verantwortung müssen wir Lehrenden vorleben, müssen wir immer und immer wieder herausfordern. Wir dürfen die Studierenden nicht ihrer Bequemlichkeit (Immanuel Kant: „Es ist so bequem, unmündig zu sein“¹⁰) überlassen, müssen sie aus ihren Blasen, ihren Echokammern herausholen, von der TikTok-Glotze weglocken, müssen sie herausfordern (ohne sie zu überwältigen).

Ein zurzeit wahrlich brennendes Thema, auch an Hochschulen: Haben Zivilklauseln in der Gegenwart noch ihre Berechtigung, muss nicht auch die Rüstungsforschung an Hochschulen wieder den Stellenwert erhalten, den die heutige Zeit erfordert? Bayerns Wissenschaftsminister Markus Blume bemerkte in diesem Kontext:¹¹ „Die Wissenschaftsfreiheit ist ein hohes Gut. Unsere Sicherheit aber auch. Eine freie Wissenschaft kann es nicht geben, wenn wir nicht in Freiheit leben.“ Freiheit und Sicherheit haben einen Preis, unter Umständen einen hohen Preis. Aber kann das Festhalten an lieb gewordenen, weil letztlich eben auch bequemen und billigen, vor allem aber vermeintlich höherstehenden moralischen Positionen, weiteres Nichts- oder Wenig-Tun rechtfertigen? Auch hier sind zumindest die einschlägig Forschenden/Lehrenden aufgerufen, Klarheit zu schaffen und zu tun, was erkennbar getan werden muss.

Wollen wir also dem Lehrziel Demokratie gerecht werden, sind auch wir Professorinnen und Professoren an den HAW gefordert, und zwar jetzt, und das im eigenen wie im gesellschaftlichen Interesse. Im Übrigen auch im Interesse unserer eigenen Kinder: Wir waren, wir sind die glückliche Generation. Ob unseren Studierenden, unseren Kindern das gleiche Glück (Frieden, Freiheit, Wohlstand) beschieden sein wird, haben diese in der Hand. Aber sie müssen „in die Gänge kommen“, sich nachhaltig engagieren, nicht andere über sich bestimmen lassen. Dazu müssen wir, sicher nicht wir Professorinnen/Professoren allein, aber eben auch wir, dazu müssen wir sie befähigen. Diese Priorität bei unserer Zielerreichung stärker als bisher zu betonen, ist eines der wenigen verbliebenen Privilegien der Freiheit von Forschung und Lehre. Gehen wir es also an, stärken wir die Demokratie, es ist höchste Zeit!

⁹Max Weber: „Wissenschaft als Beruf, 1917/1919; Politik als Beruf, 1919“, Studienausgabe der Max Weber-Gesamtausgabe, Teil 1, Band 17, herausgegeben von Wolfgang J. Mommsen und Wolfgang Schluchter, Tübingen 1994, S. 88.

¹⁰Immanuel Kant: „Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?, 1784“, Immanuel Kants Werke, Band IV, Schriften von 1783-1788, herausgegeben von Artur Buchenau und Ernst Cassirer, Berlin 1913, S. 167

¹¹<https://www.jmwiarda.de/2024/03/06/die-wissenschaftsfreiheit-ist-ein-hohes-gut-unsere-sicherheit-aber-auch/>, zuletzt eingesehen am 2024-05-09, 13:46.

2 Interviews mit zwei Workshopleiterinnen

2.1 Interview mit Didem Azgin, Studentische Senatorin der Hochschule München: „Wir müssen auf Augenhöhe zusammenarbeiten“

Ihren Workshop auf dem hlb-Kolloquium haben Sie unter das Motto „Wie können wir als Hochschulgemeinschaft zu Demokratiemultiplikatorinnen und -multiplikatoren werden?“ gestellt. Was verstehen Sie unter einer Hochschulgemeinschaft?

Didem Azgin: In einer Hochschulgemeinschaft arbeiten alle beteiligten Gruppen auf Augenhöhe zusammen und versuchen, die Probleme und Herausforderungen gemeinsam anzugehen und Lösungen zu finden – angefangen von der Hochschulleitung über die Dekanate, die Professorinnen und Professoren, den Hochschulrat bis zu den Studierenden mit ihren Vertreterinnen und Vertretern. Für diese stehe ich als Vorsitzende des Studentischen Parlaments an der Hochschule München. Das ist gelebte Demokratie.

Ist das in den doch eher hierarchisch aufgestellten Hochschulen nicht eher eine Illusion?

Azgin: Das liegt an den handelnden Personen – an der Hochschulleitung oder an dem Dekan oder der Dekanin. Diese müssen bereit sein, demokratische Strukturen vorzuleben. Denn wenn beispielsweise Studierende erleben, dass Entscheidungen von oben herab getroffen werden, ohne ihre Bedürfnisse zu berücksichtigen, dann kommt ein großes Gefühl der Machtlosigkeit auf. Es kann doch nicht sein, dass Studierenden das Thema Demokratie vermittelt werden soll, aber Gremien, in denen sie aktiv sind, wie den Senaten, zunehmend Befugnisse entzogen werden. Das ist sicher der falsche Weg.

Was können denn Professorinnen und Professoren tun, um Studierende an das Thema Demokratie heranzuführen?

Azgin: Gerade die Professorinnen und Professoren haben hier viele Möglichkeiten. So können sie in ihren Vorlesungen, Übungen und Workshops den Raum schaffen für politische Diskussionen, z. B. mit Blick auf die anstehende Europawahl, und die Studierenden zum Nachdenken anregen. Auf diese Weise sieht man auch – dieser Professor oder diese Professorin ist am Thema Demokratie interessiert. Denn Profs sind ja auch Vorbilder. Und sie können uns auch als Studierendenvertretung sehr helfen.

Können Sie das näher erklären?

Azgin: Das kann eine ganz praktische Unterstützung sein, wie sie beispielsweise einige Professorinnen und Professoren bei uns in München geleistet haben. Sie haben in ihren Vorlesungen eine Pause gemacht mit der Bitte, diese für die Online-Wahl der Studierendenvertretung zu nutzen. Oder sie geben Informationen der Studierendenvertretung an die Studentinnen und Studenten weiter – oder weisen diese auf die Möglichkeit hin, sich bei einem Problem an unser Gremium zu wenden. Für uns ist auch ganz wichtig, wenn Professorinnen oder Professoren unsere Argumente oder Anliegen einfach gut finden und dies auch sagen. Das macht schon ganz viel aus.

Leider ist die Beteiligung an den Wahlen zur Studierendenvertretung ja meist nicht sehr hoch ...

Azgin: Ja, leider – aber gerade bei uns in München hat sich gezeigt, dass die Unterstützung durch die Professorinnen und Professoren und die Hochschulleitung hier sehr viel bewirken kann. Wir haben aber auch ein Problem, Studierende zu finden, die bei uns mitmachen, denn die Arbeit lastet häufig auf wenigen Schultern und ist deshalb sehr anstrengend. Auch hier können uns die Professorinnen und Professoren helfen, beispielsweise indem man unser Engagement in ECTS umwandeln kann. Dies wird an einer unserer Fakultäten bereits praktiziert – als Pilotprojekt. Eine große Unterstützung wäre es zudem, wenn der Einsatz in einer Studierendenvertretung durch ein Extraseмester anerkannt würde.

Das Interview führte Ulla Cramer, Referentin der Landesverbände Hessen und Rheinland-Pfalz.

2.2 Interview mit Prof. Dr. Susanne Koch, Vorstandsmitglied des Hochschulnetzwerks Bildung durch Verantwortung: „Wir müssen Demokratie vorleben“

*Beim **h1b**-Kolloquium „Lehrziel: Demokratie – werden wir dieser Verantwortung gerecht?“ am 3. Mai 2024 in Schwerin haben Sie einen Workshop zum Thema „Service Learning und (spielerische) Demokratiebildung“ angeboten. Was muss man sich unter Service Learning vorstellen?*

Prof. Dr. Susanne Koch: Service Learning ist eine Lehr- und Lernform, die gesellschaftliches Engagement von Studierenden mit fachlichem Lernen verbindet. Als Professorin für Betriebswirtschaftslehre und Logistik an der Frankfurt University of Applied Sciences habe ich schon immer sehr gerne mit meinen Studierenden Logistikprojekte in sozialwirtschaftlichen Einrichtungen durchgeführt, sodass Studierende neben der fachlichen Kompetenz einen Einblick in Lebenswelten bekommen, die ihnen vielleicht fremd sind. Der besondere Mehrwert: Die jungen Menschen zeigen zivilgesellschaftliches Engagement und gewinnen dabei demokratische Erfahrungen.

Dieser Ansatz hat dazu geführt, dass Sie ein wissenschaftliches Zentrum, die School of Personal Development and Education, mit ins Leben gerufen haben, dessen geschäftsführende Direktorin Sie heute sind . . .

Koch: Als Hochschullehrerin ist man ja nicht damit zufrieden, einfach ein Projekt auf den Weg zu bringen. Ein wichtiges Thema ist auch immer die Begleitforschung. Die heutige School of Personal Development and Education (ScoPE) ist eine hochschulübergreifende eigenständige Organisationseinheit, die quer über alle vier Fachbereiche der Frankfurt UAS hinweg aktiv ist. Ein interdisziplinäres Team von Forschern und Forscherinnen widmet sich aktuellen und zukünftigen Herausforderungen, um Hochschulangehörige bei der Weiterentwicklung ihrer Fähigkeiten zu unterstützen. Dabei liegt der Fokus auf Persönlichkeitsentwicklung, gesellschaftlicher Verantwortung, HAW-Didaktik und Schlüsselkompetenzen – und natürlich Demokratiediskurs. Gerade der Anschlag im Februar 2020 in Hanau, bei dem neun Menschen mit Migrationshintergrund ermordet

wurden, hat mir die Bedeutung eines solchen Engagements noch einmal ganz klar gemacht. Als Professorin einer Hochschule in der Rhein-Main-Region mit einem hohen Anteil von Studierenden mit Migrationshintergrund habe ich mich natürlich damals gefragt, was kann ich denn tun – und habe auch schnell die Antwort gefunden: Mein Hebel ist die Lehre, bei der ich mit den Studierenden in den Diskurs eintreten kann.

Wie haben Sie denn dies konkret umgesetzt?

Koch: Ich bin davon überzeugt, dass wir bei der Vermittlung eines Demokratieverständnisses weiterkommen, wenn wir unseren Studierenden nicht nur Fakten und Wissen weitergeben im Sinne von: Welche demokratischen Institutionen kennen wir? Welchen Einfluss hat die EU? Oder was ist Föderalismus? Demokratie ist Meinungsbildung, Zuhören, Argumente austauschen und gute Quellen von schlechten Quellen unterscheiden – und das müssen wir als Professorinnen und Professoren unseren Studierenden vorleben und ihnen den Raum geben, diese Fähigkeiten zu erlernen und anzuwenden. Die Angebote von ScoPE sind dabei eine Unterstützung. In ScoPE stellen wir Methoden und Werkzeuge für unsere Kolleginnen und Kollegen an der Frankfurt UAS zur Verfügung, um den Demokratiediskurs zu unterstützen, z. B. Demokratiespiele, und laden auch Referentinnen und Referenten ein, die über aktuelle politische Themen informieren, diese transparent machen und somit auch Fake News entgegenwirken.

Wie kann man denn als Professorin oder Professor solche Kompetenzen einüben und ist das Diskutieren von Demokratiethemata in jedem Studiengang denkbar?

Koch: Demokratische Prozesse in Vorlesungen oder Übungen beispielsweise über Spiele oder Projekte einzuüben, ist in Bereichen wie Soziale Arbeit oder Geisteswissenschaften sicherlich einfacher. Aber auch in den Natur- oder Ingenieurwissenschaften sollten wir uns Zeit nehmen, zwischen der reinen Vermittlung von Fachkenntnissen auch aktuelle politische Themen anzusprechen und zu diskutieren. Diesen Raum sollte man den Studentinnen und Studenten geben. Und wie ich schon erwähnte: Es ist sehr wichtig, dass auch wir selbst demokratisch agieren, und demokratische Spielregeln im Umgang mit den Studierenden einhalten. Demokratie leben – das geht in jeder fachlichen Disziplin.

Welche Voraussetzungen können Professorinnen und Professoren helfen, ihren Studierenden das Thema Demokratie zu vermitteln?

Koch: Ich denke, wir brauchen die entsprechenden Ressourcen. Das heißt, dass ich mich als Lehrende oder Lehrender weiterbilden kann oder dass es an meiner Hochschule eine Institution gibt, mit der ich diese Themen diskutieren kann, die mich unterstützt oder auch einmal einen passenden Referenten zu Verfügung stellt. Und: Wir müssen auch ganz praktisch Diskussionsräume schaffen, die ganz konkret Platz für entsprechende Diskussionen und Gespräche bieten.

Das Interview führte Ulla Cramer, Referentin der Landesverbände Hessen und Rheinland-Pfalz.

3 Ergebnisse des Kolloquiums „Lehrziel Demokratie – werden wir dieser Verantwortung gerecht?“

3.1 Anlass und Ziel des Kolloquiums

Anlass des Kolloquiums waren die in weiten Teilen der Gesellschaft – und auch an den Hochschulen spürbaren – Spannungen und Spaltungstendenzen, die vielfältige Gefährdung der Demokratie sowie deren bisher immer noch ungenügende Perzeption. Die zunehmende Attraktivität von autoritären Herrschaftsstilen in vielen Teilen der Welt scheint die Demokratie auch hierzulande zu bedrohen.

Das Kolloquium ist daher eine selbstkritische Auseinandersetzung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit dem hochschulgesetzlich gefassten Auftrag, „die Studierenden zu einem verantwortlichen Handeln in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat“ zu befähigen. Andererseits ist das Kolloquium und die hier niedergelegte Ergebniszusammenfassung als Impuls der **h1b**-Bundesvereinigung für alle Professorinnen und Professoren unabhängig von der Hochschulart zu verstehen, der Aufgabe der Demokratiebildung eine stärkere Beachtung zu schenken. Gerade vor dem Hintergrund der im Kolloquium adressierten aktuellen gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen und Probleme (vgl. die in diesem Band abgedruckte Keynote) ist dies aus Sicht der **h1b**-Bundesvereinigung ein vordringlicher und überaus wichtiger Aspekt der Hochschullehre.

Die Kernbotschaft, die dieses Kolloquium an die Gemeinschaft der Professorinnen und Professoren sendet, ist zunächst einmal, sich des Lehrziels Demokratie neu bewusst zu werden. Dies ist vor dem Hintergrund der vielfältigen und ständig wachsenden Aufgaben keine Selbstverständlichkeit! Ein Regellehrdeputat von 18 Semesterwochenstunden (SWS) an HAW lässt wenig Spielräume, dieser Aufgabe das Gewicht einzuräumen, das sie verdient, zumal im Zentrum der Lehre die regulären fachlichen Studieninhalte vermittelt werden müssen. Prima facie scheint das Lehrziel Demokratie in gesellschaftsbezogenen Fächern wie etwa der Sozialen Arbeit einen anderen Stellenwert einnehmen zu können als etwa in den Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften oder der angewandten Mathematik. Im Kolloquium ist deutlich geworden, dass es vielfältige Anknüpfungspunkte und Verbindungsmöglichkeiten gibt, Demokratiebildung, fachliche Bildung und die Gestaltung des Hochschullebens miteinander zu verbinden. Daher werden in diesem Impulspapier Wege vorgestellt, wie das Lehrziel Demokratie in allen an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften vertretenen Fächern und Disziplinen aufgegriffen werden kann. Die Beispiele und Ideen sollen deutlich machen, dass das Thema in allen Fächern leicht und unkompliziert aufgegriffen werden kann und dass sich immer auch Bezüge zu den fachlichen Inhalten herstellen oder dass Demokratiebildung aus diesen heraus mit entwickelt werden kann.

Im Folgenden sollen drei Aspekte näher betrachtet werden:

1. die Verbindung von fachlicher Bildung und Demokratiebildung,
2. die Möglichkeiten, die Demokratiebildung niedrigschwellig in die fachbezogene Leh-

re zu integrieren, und

3. Demokratiebildung als Ergebnis eines von Lehrenden und Studierenden gemeinsam gestalteten Hochschullebens.

3.2 Verbindung von fachlicher Bildung und Demokratiebildung

Zwar sind die Befähigung zu wissenschaftlicher oder künstlerischer Arbeit und die Befähigung zu einem verantwortlichen Handeln in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat in den Hochschulgesetzen separat formulierte Aufgaben der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer. Bei näherer Betrachtung gibt es aber viele Aspekte, die eine enge Verbindung zwischen beiden Aufgaben erkennen lassen. Viele Aspekte der fachbezogenen Bildung, insbesondere die Vermittlung der Grundlagen wissenschaftlichen Denkens und Arbeitens, sind unmittelbar auch relevant für ein erfolgreiches Agieren in einem demokratischen Gemeinwesen.

Es beginnt damit, bei den Studierenden Neugierde für Themen zu wecken und kritisches Hinterfragen zu fördern – ein Aspekt, der in allen Fächern und Disziplinen gleichermaßen wichtig ist. Letztlich handelt es sich dabei um die Ermutigung zu einer eigenständigen und strukturierten Arbeit. Dazu gehört auch, Objektivität und Nachvollziehbarkeit von Aussagen und Ergebnissen einzufordern. Aussagen und Ergebnisse müssen sich anhand von Quellennachweisen belegen lassen. Dazu gehören neben einer sorgfältigen Recherche auch die Auswahl und der Einsatz geeigneter Methoden. All dies sind Fähigkeiten, die ebenfalls die Grundlage für die Unterfütterung von Argumenten sind, die in demokratischen Zusammenhängen ausgetauscht werden.

Ein weiteres Instrument ist die Praktizierung von Gruppenarbeit, um die Entscheidungsfähigkeit und das Agieren in demokratischen Prozessen zu fördern. In Gruppenarbeitsphasen und curricular verankerten Übungen lässt sich u. a. der Umgang mit Kritik einüben, was nicht nur die Fähigkeit, konstruktive Kritik zu formulieren, umfasst, sondern auch die Fähigkeit, Kritik zu empfangen und anzunehmen. Dazu gehört ebenso das Einüben von Berichten und Berichtsmethodik. In der Gruppenarbeit kann neben dem Fachwissen der Umgang mit Fehlern erlernt und eine konstruktive Fehlerkultur etabliert werden, in der man sich vor Fehlern nicht fürchten muss, sondern daraus lernen darf. Eine solche Kultur der Kreativität und des Explorierens, durch „Trial and Error“ an ein Ziel zu gelangen, ist ein Lernort für die Gestaltung demokratischer Prozesse. Ein Beispiel, das alle betroffen hat, ist der Umgang der Wissenschaft mit den Herausforderungen der Corona-Pandemie. Hier wurden bisweilen auch Irrwege beschritten, die sich erst im Nachhinein als solche herausstellten, dann aber schließlich doch Ziele erreicht – Wissenschaft ist eben nicht immer fehlerfrei, sie sucht, findet nicht immer, muss aber immer in der Lage sein, sich selbst zu hinterfragen und erforderlichenfalls zu korrigieren. Und schließlich lassen sich in der Gruppenarbeit auch besonders gut systemische Arbeitsweisen einüben, um zu einem gemeinsamen Kompromiss zu gelangen, insbesondere dann, wenn mehrere Perspektiven aus verschiedenen Fächern eingebunden werden sollen. Gerade das Zusammenwirken aus verschiedenen disziplinären Perspektiven an einer gemeinsamen Aufgabe oder einem gemeinsamen Problem ist kennzeichnend für

Lösungen, die für die drängenden Zukunftsherausforderungen gefunden werden müssen. Schließlich ist es auch die Einübung von grundlegenden wissenschaftlichen Arbeitsweisen, die ebenfalls eine Basis für das Agieren in demokratischen Kontexten sind. Wissenschaftliche Gründlichkeit und Redlichkeit gehören genauso dazu wie das Einhalten der Standards guter wissenschaftlicher Praxis. Wissenschaftliches Fehlverhalten zu analysieren, soll in jedem Fach Gegenstand der Lehre sein. Genauigkeit und ein analytisches Vorgehen, auch aus einer Ex-post-Perspektive, sind nicht nur die Voraussetzung für gute wissenschaftliche Argumente, sondern auch für solche in demokratischen Prozessen. Oder auch die Abstraktion von eigenen Wertungen und Haltungen sowie die Fähigkeit wertfrei Erkenntnisse zu generieren. Eine ebenso grundlegende Kompetenz ist, statistische Informationen lesen und auswerten sowie fehlerfrei aus eigener Datenauswertung generieren zu können. Gerade hier gilt es, die jeweiligen spezifischen fachlichen Grundlagen und Besonderheiten zu reflektieren.

Last but not least ist es aber auch das Engagement, das die Professorinnen und Professoren selbst für ihr Fach an den Tag legen, das zu eigenem Nachdenken und Handeln inspirieren kann. Wissenschaft kann Spaß machen und zu eigenem Nachforschen anregen – eben dies sollen die Professorinnen und Professoren vermitteln. Dass regelmäßiges Üben, beharrliches Nachfragen und viel Fleiß dazugehören, gehört ebenso zur Wahrheit.

Eine sehr viel direktere Verbindung von fachlichem Lernen mit Demokratiebildung zeigt sich im Bereich „Service Learning“, dem Lernen durch Engagement, wenn Studierende in der Lehre angehalten werden, akademisches Wissen und Fähigkeiten zu nutzen, um reale Bedürfnisse der Gesellschaft zu befriedigen (www.servicelearning.de). Meist findet solches Lernen in Projekten statt, die gemeinsam mit Partnern aus der Zivilgesellschaft realisiert werden. Demokratische Elemente zeigen sich hier nicht nur auf der inhaltlichen Ebene, etwa in politischen, sozialen oder ethischen Dimensionen, sondern auch in der Struktur der Projekte. Hier spielen etwa Abstimmungsprozesse und -regeln zwischen den Projektbeteiligten eine Rolle, aber auch die Kommunikation mit externen Kooperationspartnerinnen und -partnern. Ebenso sind Reflexionsprozesse im Projektverlauf eine wichtige Grundlage, das eigene Handeln und die Auswirkungen des Projektes insgesamt zu hinterfragen und in einem größeren Zusammenhang zu sehen. Und schließlich sind Aspekte des Wissenstransfers und der Wissenskommunikation ganz entscheidend für die Gestaltung der Schnittstelle zwischen Hochschule und Gesellschaft.¹²

Neben solchen, sehr spezifischen Projekten im Bereich des Service Learning gibt es weitere Möglichkeiten, die Demokratiebildung in der Hochschullehre explizit werden zu lassen. So kann sich in manchen Fächern anbieten, Landtags- oder Gerichtsbesuche einzuplanen oder Exkursionen zu gesellschaftlichen Einrichtungen wie Vereinen, Verbänden oder Nichtregierungsorganisationen durchzuführen. Der Einsatz von Planspielen ist eine weitere Option, die zudem hochschulübergreifend organisiert werden können (etwa Model United Nations).

¹²Weitere Informationen finden sich in der Publikation: Mauz, A. und Gloe, M. (2019): Demokratiekompetenz bei Service-Learning. Modellentwicklung und Anregungen für die Praxis. Berlin: Stiftung Lernen durch Engagement.

Doch auch ohne Projekte, Exkursionen oder Planspiele kann Demokratie direkt zum Gegenstand der Lehre werden: Es beginnt beim Vorleben demokratischer Prozesse, etwa bei Abstimmungen oder der Regelfindung im Bereich von Lehrveranstaltungen. Eine ebenso wichtige Rolle spielt die Beteiligung an Hochschulwahlen, die in allen Fächern thematisiert werden kann. Die Hochschulen sind selbst demokratisch organisiert, hier sollen den Studierenden ihre Einflussmöglichkeiten verdeutlicht und ihr Engagement in der akademischen Selbstverwaltung gefördert werden. Wie man an und in der Hochschule aktiv werden und sich einbringen kann, kann in jedem Fach thematisiert werden. Erfahrungen der Selbstwirksamkeit sind wichtig für die Entwicklung eines Demokratieverständnisses. In den Lehrveranstaltungen selbst gibt es viele Gelegenheiten, demokratische Prozesse und Regeln einzuüben. Dazu gehört etwa die Toleranz gegenüber Andersdenkenden, sofern diese sich auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bewegen, und darüber hinaus eine Kultur der Akzeptanz und Wertschätzung anderer Meinungen. Dies kann in der Diskussionskultur und im Meinungsaustausch während der Lehrveranstaltungen eingeübt werden. Mithin ist ratsam, die Äußerung von Widerspruch oder abweichenden Meinungen im Sinne einer offenen Debattenkultur zu provozieren. Dies kann die Diskussion beleben und helfen, dass eher stillere Personen „aus der Reserve“ gelockt werden. Die Ermutigung zu gegenseitiger Hilfe der Studierenden untereinander kann ebenfalls ein Weg sein, eine demokratische Kultur zu etablieren. Für die Professorinnen und Professoren ist dabei wichtig, den eigenen Wissensvorsprung auf Augenhöhe an die Studierenden weiterzugeben, in Anlehnung an das Überwältigungsverbot der schulischen Praxis.

Darüber hinaus bietet sich in vielen Fächern an, die eigene Berufsethik zu erörtern, beispielsweise die Bedeutung von verantwortlichem Management im Bereich der Betriebswirtschaftslehre oder die transformative Wirkung die manche Lösungsansätze haben, die in den Natur- oder Ingenieurwissenschaften entwickelt werden. Dazu zählt auch das Vorleben von eigenem verantwortlichen beruflichen Handeln. Das Hinterfragen von Zuständen oder strukturellen Defiziten, die Diskussion von Best- oder Worst-Practice-Beispielen oder ungeeigneten Hierarchien können ebenfalls ein geeigneter Ansatz sein. Wichtig ist, dabei dann Konsequenzen zu ziehen und Lösungswege zu erarbeiten.

3.3 Niedrigschwellige Integration der Demokratiebildung in die fachbezogene Lehre

In vielen Fächern ist ein direkter Bezug zur Demokratiebildung aus den typischerweise dort behandelten Inhalten nicht per se gegeben. Im Rahmen des Kolloquiums sind daher Methoden erörtert worden, die erlauben, eben solche Brücken zu schlagen.

Zur Verdeutlichung und Visualisierung von Meinungsbildern in größeren Gruppen von Studierenden eignen sich etwa Pingo-Fragen (www.trypingo.com). Dies ist insbesondere dann gut möglich, wenn längere Diskussionen oder Abstimmungen im Rahmen der Lehrveranstaltung nicht geplant sind oder aus zeitlichen Gründen nicht durchgeführt werden können.

Es gibt aber auch spielerische Ansätze, die zur Auflockerung der Lehre verwendet werden können. Exemplarisch wurde im Rahmen eines Workshops der „Demokratiedeckel“ vorgestellt (www.demokratiedeckel.de). Hierbei handelt es sich um ein Set von Bierdeckeln, auf die provokative, zum Nachdenken und Diskutieren anregende Fragen gedruckt worden sind. Mit solchen Hilfsmitteln lassen sich leicht und zielgerichtet Kurzdebatten anstoßen, die z. B. auch in einer Vorlesungspause oder als Auflockerungsübung zur Wiedererlangung der Konzentration nach einer intensiveren Arbeitsphase eingesetzt werden können.

Um auf die Bedeutung von Perspektivenvielfalt aufmerksam zu machen, eignet sich das Spiel „Malen Sie einen Hund!“. Höchstwahrscheinlich werden die meisten einen Hund von der Seite zeichnen. Es ist aber auch möglich, ihn von vorn, von oben oder von hinten zu malen, was aller Erfahrung nach seltener gemalte Perspektiven sind. Auf diese Weise kann man schnell und unkompliziert über Perspektivvielfalt ins Gespräch kommen – eine Auflockerungsübung, mit der man das komplexere Thema Meinungsvielfalt und Integration von Andersdenkenden thematisieren kann.

Etwas komplexere und auch mit einem umfassenden Theorieteil versehene Spiele zu verschiedenen gesellschaftlich relevanten Themen hält das Spiel QUARARO der Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie in Zusammenarbeit mit der Jugendstiftung Baden-Württemberg bereit (www.quararo.de). Solche Spiele nehmen etwas mehr Zeit ein und bedürfen auch einer gründlicheren Vorbereitung. Hier erschien es den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ratsam, solche Angebote anlassbezogen aufzugreifen und ggf. auch auf externe Moderation zurückzugreifen.

Weitere Informationsmaterialien oder auch Spiele mit aktivierenden Fragen, die zur Analyse, Selbstreflexion oder auch zum Dialog anregen, sind etwa über die John Dewey Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie (JoDDiD) der Technischen Universität Dresden (<https://tu-dresden.de/gsw/phil/powi/joddid/>), die Stiftung Lernen durch Engagement (www.servicelearning.de) oder das Netzwerk Bildung durch Verantwortung (<https://netzwerk-bdv.de>) erhältlich. Allen solchen Ansätzen ist gemeinsam, dass grundlegende demokratische Kompetenzen vermittelt, erörtert und erprobt werden sollen. Dazu gehören Perspektivenübernahme und Empathie, die Erfahrung von Selbstwirksamkeit, die Bereitschaft zum Engagement und die Fähigkeit zur Partizipation, Konflikt- und Dialogfähigkeit, die Bereitschaft, sich zu informieren, die Kenntnis über Formen und Prozesse der demokratischen Entscheidungsfindung oder auch eine reflektierte Selbsterkenntnis und Selbstkritik.

Zudem ist im Rahmen des Kolloquiums die Rolle der Professorinnen und Professoren reflektiert worden. Diejenigen, die Bedenken haben, Demokratiethemata aufzugreifen, die möglicherweise keinen fachlichen Bezug zu ihrer eigentlichen wissenschaftlichen Expertise haben, oder einen Konflikt zum Überwältigungsverbot des Beutelsbacher Konsenses sehen, wurden ermutigt, sich professionelle Hilfe aus den oben genannten Netzwerken hinzuzuholen. Moderierte Gespräche unter Anleitung einer dafür ausgebildeten, fachkundigen Person, die Integration von demokratieaktivierenden Spielen in die Lehre oder die Durchführung kleinerer Projekte können auch in die Hände von Fachleuten gegeben werden. Dies hat den gewünschten Nebeneffekt, dass sich die Professorin oder der Pro-

fessor ganz aus der Debatte herausnehmen und in die Rolle eines neutralen Beobachters begeben kann. In diesem Zusammenhang wurde auch erörtert, dass es problematisch sein kann, dass die Professorin oder der Professor, die bzw. der ja sonst auch in der Verantwortung steht, die Studierenden bezüglich ihrer fachlichen Leistungen zu bewerten, sich aktiv an der Debatte beteiligt.

Ebenfalls ambivalent ist der Umgang mit Einstellungen und Werten. Deren Vermittlung kann und soll nicht Gegenstand der fachbezogenen Lehre sein. Dennoch kann ein demokratisches Gemeinwesen nicht ohne demokratische Grundwerte auskommen. Es beginnt bei der Anerkennung von demokratischen Prinzipien, schließt aber auch Toleranz, das Aushalten von Widersprüchen, Ambivalenzen oder Ungewissheiten sowie die Anerkennung von Vielfalt und Gleichwertigkeit und soziales Verantwortungsbewusstsein ein. Gerade die spielerischen Maßnahmen wie die oben vorgestellten sind aber besonders gut geeignet, dass die Studierenden – gewissermaßen auf neutralem Boden – über solche Werte, Haltungen und Einstellungen ins Gespräch kommen und dabei voneinander und miteinander lernen.

3.4 Gemeinsame Gestaltung des Hochschullebens zwischen Lehrenden und Studierenden

Sehr vernehmbar war im Rahmen des Kolloquiums die Stimme der Studierenden mit dem klaren Plädoyer für eine gemeinsame Gestaltung des Hochschullebens zwischen Lehrenden und Studierenden, gleichberechtigt und auf Augenhöhe. Gemeint sind hier die Umsetzung von Ideen und Maßnahmen, die über die regulären Formen der Studierendenvertretung weit hinausgehen. So gibt es an Hochschulen eine studentische Vertreterin oder einen studentischen Vertreter im Senat oder auch Studierendenparlamente. Manche Studierendenvertretungen tauschen sich in einem regelmäßigen Jour fixe direkt mit der Hochschulleitung aus.

Denkbar sind hochschulweite Aktivitäten, die das Zusammenleben und Zusammenwirken der unterschiedlichen Statusgruppen und Interessensgruppen an einer Hochschule aktiv und lebendig gestalten. Als geeignet und für alle Beteiligten attraktiv angesehen worden sind etwa Projekte, die in einem klar umrissenen zeitlichen Rahmen durchführbar sind. So bleibt das Maß an (zusätzlichem) Engagement für alle Beteiligten überschaubar und kann mit Blick auf ein gemeinsam verfolgtes Ziel oder einen bevorstehenden Abschluss auch positive gruppenspezifische Effekte entfalten, die sich auch an anderen Stellen positiv auf das Hochschulleben auswirken. Als besonders wünschenswert sind dabei Formate erachtet worden, die die Lehrenden und die Studierenden auf Augenhöhe zusammenführen und die Gelegenheit bieten, die jeweils unterschiedlichen Perspektiven – aber auch das jeweils andere Erfahrungswissen – in die Zusammenarbeit einzubringen. Gemeinsamer Bezugspunkt dabei ist das Selbstverständnis, dass Professorinnen und Professoren wie auch die Studierenden zu Demokratiemultiplikatorinnen und -multiplikatoren nicht nur an ihrer jeweiligen Hochschule, sondern auch in ihren jeweiligen Heimatstädten, Vereinen oder Verbänden werden können und sollen.

Ein Weg der Stärkung des Engagements in Gremien kann die flankierende Unterstüt-

zung beim Studium mit praktischen Maßnahmen sein. Dies könnte etwa die Einbindung in Coaching- oder Mentoring-Programme oder begleitende fachliche Förderung beim Studium sein, von denen die Studierenden langfristig profitieren können.

3.5 Fazit

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Kolloquiums waren sich einig, dass das Thema Demokratiebildung vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen und Probleme wieder an Stellenwert gewinnen muss. Die im Rahmen des Kolloquiums besprochenen Ideen und Maßnahmen machen deutlich, dass es aus allen Fächern heraus Bezugspunkte zur Demokratiebildung gibt und dass enge Verbindungen zur Vermittlung von fachlichen Inhalten bestehen, insbesondere bei der Einübung von grundlegenden Prinzipien wissenschaftlichen Denkens und Arbeitens. Die Professorinnen und Professoren können und müssen sich selbst einbringen. Jede und jeder kann in ihrer bzw. seiner Lehrveranstaltung etwas beitragen oder sich dafür externe Hilfe holen. In dieser Hinsicht ist das Kolloquium auch ein Appell, der Verantwortung bei der Demokratiebildung noch stärker als bisher gerecht zu werden.

Institut	Das „Deutsche Institut für Hochschulentwicklung (DifHE) e. V.“ mit Sitz in Berlin entstand 2011 durch Umgründung des früheren „ hfb -Förderkreises für die Weiterentwicklung von Studium, Lehre und Forschung in anwendungsbezogenen Studiengängen e. V.“. Es soll den wissenschaftlichen Diskurs über die Entwicklung der Hochschulen befruchten und dabei insbesondere Positionen aus Sicht der Hochschulen für angewandte Wissenschaften Raum bieten. Dazu publiziert es u. a. die Schriftenreihe „Arbeitshefte“.
Schriftenreihe	Die Schriftenreihe „Arbeitshefte“ begleitet die Entwicklung der deutschen Hochschullandschaft, insbesondere der Hochschulen für angewandte Wissenschaften, aus einer wissenschaftlichen Perspektive. Mögliche Themen, die aufgegriffen werden können, sind zum Beispiel die Weiterentwicklung der praxisbezogenen Studiengänge in Lehre und Forschung, die anwendungsorientierte Forschung, die Reform von Studium und Lehre, die innere Organisation und Governance von Hochschulen oder die Kooperation von Hochschulen sowie zwischen Hochschulen und Dritten im nationalen und europäischen Rahmen. Themenvorschläge – auch andere als die hier beispielhaft genannten – können unter der unten angegebenen Adresse eingereicht werden. Der Vorstand des DifHE entscheidet als Herausgebergremium über die Aufnahme in die Schriftenreihe.
Impressum	Deutsches Institut für Hochschulentwicklung (DifHE) c/o Hochschullehrerbund Wissenschaftszentrum Bonn Postfach 20 14 48 53144 Bonn https://www.difhe.de
Satz	DifHE unter Verwendung von L ^A T _E X
Copyright	Dieser Text steht unter der Creative-Commons-Lizenz CC BY-SA 4.0 International  : https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de